

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 16. September 2019

Am 16. September fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 (MFR), die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 17./18. Oktober, die bessere Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der Union sowie die Werte der Union in Ungarn.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 - 2027

Der finnische Vorsitz unterstrich, eine Einigung bis Jahresende erreichen zu wollen. Auf Basis der nunmehr vorliegenden Informationen wird der Vorsitz ein Präsidenschaftspapier für einen Meinungsaustausch beim Europäischen Rat am 17./18. Oktober vorlegen. Weiter informierte der Vorsitz, dass nach dem Europäischen Rat eine überarbeitete Version der Verhandlungsbox mit Zahlen vorgelegt sowie die Arbeit an den sektoriellen Programmen fortgesetzt werden.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 17./18. Oktober 2019

Der finnische Vorsitz präsentierte die annotierte Tagesordnung für den Europäischen Rat am 17./18. Oktober. Ich zeigte mich mit der annotierten Tagesordnung einverstanden und verwies auf die Vielzahl wichtiger Themen, die die Staats- und Regierungschefs im Oktober zu diskutieren haben. Betreffend Westbalkan hob ich hervor, dass der Rat und in Folge der Europäische Rat im Oktober ihren historischen Verpflichtungen nachkommen sollten. Zum Klimawandel betonte ich, dass grundsätzlich einer Befassung des Europäischen Rates im Oktober nichts entgegenstehe. Allerdings sollte die Diskussion sorgfältig vorbereitet und strukturiert werden.

Bessere Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der Union

Der finnische Vorsitz erinnerte daran, dass die Strategische Agenda das Thema Rechtsstaatlichkeit aufgreife und diese auch eine Priorität der finnischen Präsidentschaft darstelle. Die Diskussion solle insbesondere die Gelegenheit geben, das Zusammenspiel von Rechtsstaatlichkeitszyklus, Rechtsstaatlichkeitsdialog des Rates und „Periodic Peer Review Mechanismus“ (PPR) zu erörtern. Ein Fragebogen zum Rechtsstaatlichkeitsdialog werde in den nächsten Tagen zirkuliert, um die Evaluierung beim Rat Allgemeine Angelegenheiten im November vorzubereiten. Ich danke der Europäischen Kommission für ihre Mitteilung und den Vorschlag für einen Rechtsstaatlichkeitszyklus. Ich betonte, dass das Ziel die Entwicklung eines gut funktionierenden Instruments sein müsse. Auf die Expertise der Europäischen Kommission müsse zurückgegriffen werden, auch um Duplizierungen zu vermeiden.

Werte der Union in Ungarn / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV

Der finnische Vorsitz verwies eingangs auf die allgemeinen Modalitäten der Anhörung und darauf, dass alle Kritikpunkte des begründeten Vorschlags des Europäischen Parlaments Gegenstand der Anhörung seien. Der Vorsitz informierte, dass, wie in den Modalitäten vorgesehen, Kontakt mit dem Europäischen Parlament aufgenommen worden sei. Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans teilte die Besorgnis des Europäischen Parlaments zur Situation in Ungarn. Die Europäische Kommission habe eine Reihe von Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, die sich auf die Grundwerte beziehen. Der Rat solle weitere Informationen insbesondere vom Europarat, der Venedig Kommission, und der OSZE einholen, da das Europäische Parlament bei der Erstellung seines begründeten Vorschlags insbesondere auf Berichte dieser Institutionen zurückgegriffen habe. Der finnische Vorsitz hielt fest, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten mit der Angelegenheit befasst bleibe.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

3. Oktober 2019

i.V. Dipl.-Kfm. Eduard MÜLLER, MBA
Bundesminister